

**Niederschrift
der 10. Sitzung des Bildungs-, Sozial- und Kulturausschusses der Gemeinde
Am Mellensee am Dienstag, den 23.03.2021 in der Sporthalle in Mellensee,
Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee / OT Mellensee**

Öffentlicher Teil:

Beginn: 19:02 Uhr **Ende:** 21:00 Uhr

Anwesend: **Fraktion UWG**
Herr D. Pehnert

Fraktion DIE LINKE
Herr T. Janke

Fraktion SPD
Herr I. Koch

Fraktion CDU
Herr A. Thiele

Sachkundige Einwohner
Herr V. Eilenberger

Entschuldigt: **Fraktion UWG**
Frau A. Schuster

Sachkundige Einwohner
Frau J. Vogel
Frau M. Klaus

Gemeindevertreter: keiner
Ortsbeirat: Herr U. Hofmann

Anwesende geladene Gäste:

Verwaltung: Frau Richter - Teamleiterin I
Frau Potschin - Sachbearbeiterin Schulamt
Frau Lorenz - Sachbearbeiterin Schulamt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil
4. Einwendungen zur Niederschrift der 9. Sitzung
5. Einwohnerfragestunde
6. BSV – Erweiterung Trägervertreter für die Kindertagesstätten-Ausschüsse in der Gemeinde Am Mellensee
7. Diskussion u. Empfehlung zu den neuen Elternbeiträgen in der Gemeinde Am Mellensee
8. Auswertung Umfrage ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee
9. Aktueller Stand zur Übergangs-Kita-Rehagen

10. Informationen zur aktuellen Kitaplatzsituation in der Gemeinde
11. Schulsportanlage Grundschule Sperenberg
12. Diskussion zu Veranstaltungen auf der Festwiese Klausdorf
13. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Ausschusses, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und eröffnet die Sitzung.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 9. Sitzung

Es gab keine Einwendungen zur Niederschrift

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Ein Mitglied des Ortsbeirates Rehagen bedankte sich die neu erstellten Internetseiten
Eine Schulsprecherin, erkundigte sich nach drei Sachverhalten:

- 1 - weit der Stand für die Anbringung der Beschattungsanlage in der Anne-Frank-Grundschule
- 2 - im TOP 11 geht es um die Sportanlage in der Grundschule Sperenberg, ob sie dann noch Fragen stellen kann
- 3 – kann man die Einwohnerfragestunde splitten;

Der Ausschussvorsitzende teilte mit:

Zu 1. die Vergabe der Bauleistung wurde in der letzten Hauptausschusssitzung beschlossen wurde. Der Auftrag ist seitens der Verwaltung ausgelöst worden.

Zu 2. Die Mitglieder des Ausschusses stimmt dem Rederecht für die Elternsprecherin der Anne-Frank-Grundschule zu TOP 11 zu,

zu 3. Die Mehrheit der Gemeindevertreter hat sich entschieden die Einwohnerfragestunden nicht zu splitten und immer vor der Abhandlung der Tagesordnung abzuhandeln. Dieses wurde auch in der Geschäftsordnung so beschlossen.

Zu 6. BSV – Erweiterung Trägervertreter für die Kindertagesstätten-Ausschüsse in der Gemeinde

Die Mitglieder des BSK-Ausschusses, geben der Gemeindevertretung die Empfehlung, der Beschlussvorlage zuzustimmen

Zu 7. Diskussion u. Empfehlung zu den neuen Elternbeiträgen in der Gemeinde Am Melensee

Eine Verwaltungsmitarbeiterin berichtete aus der Finanzausschuss Sitzung. In dieser wurde festgelegt, dort hatte man die Empfehlung an die Verwaltung ausgesprochen, mit 45 % des kalkulierten Höchstbeitrages zu rechnen. Den Höchstbeitrag bei über 70.000,00 € anzusetzen, sowie bei 10,0 h und nicht bei 6,0 h. Der Rechtsanspruch für die Kitabetreuung liegt im Bereich der 0-6-jährigen bei 6,0 Stunden und im Bereich ab 1 bis 4 Klasse bei 4,0 h täglich.

Ein sachkundiger Einwohner erkundigte sich, ob es zu einer Überfinanzierung kommen kann. Der Ausschussvorsitzende antwortete, da man den Höchstbeitrag reduziert hat, wird dieses nicht eintreffen.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass eine Elterninitiative die Kalkulation durch einen Rechtsanwalt prüfen lassen hat und sich darauf noch offenen Fragen ergeben haben. Dazu sollte durch die externe Firma Stellung genommen werden. Zu diesem Sachverhalt gab es ei-

nen Brief des Bürgermeisters an die Fraktionsvorsitzenden im Dezember. Der beinhaltet das gegen eine Gebühr von 150,00 €, die externe Firma bereit ist, dies Fragen zu beantworten. Dieser Brief war ihm nicht bekannt. Er bat um Meinung der Ausschussmitglieder, wie hier weiter verfahren werden soll.

Ein sachkundiger Einwohner und ein Ausschussmitglied der Fraktion „Die Linke“ sprachen sich dafür aus, dass die Beantwortung noch erfolgen sollte. Wiederum wird sich am Sachstand nicht viel ändern.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass er es nicht verstehen kann, warum für die Beantwortung der Fragen noch extra Geld bezahlt werden soll, das muss zukünftig besser in den Verträgen mit externen Dienstleistern geregelt werden.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin teilte mit, dass ja diverse Fragen durch die Verwaltung und auch durch den Ausschussvorsitzenden selbst an den externen herangetragen worden sind. Diese hat er auch immer beantwortet.

Die Mitglieder des Ausschusses waren sich einig, dass man für die Art und Weise eine Missgunst ausspricht. Zukünftig muss die Verwaltung darauf achten, dass in den Verträgen verankert ist, das Fragen kostenlos zu beantworten sind.

Das Ausschussmitglied der SPD-Fraktion, wollte erläutern haben, welche Empfehlung der Finanzausschuss gegeben hat. Der Ausschussvorsitzende teilte den Anwesenden mit, dass man hier im Sozialausschuss ist und vorrangig die sozialen Aspekte berücksichtigen sollten, um die Eltern zu entlasten. Die Gemeinde Am Mellensee, hatte jahrelang die höchsten Gebühren von allen umliegenden Gemeinden.

Das Ausschussmitglied der CDU-Fraktion warf ein, dass es am besten wäre gar keine Gebühren zu nehmen. Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass dies mit dem Haushalt der Gemeinde eher schwierig sein dürfte.

Das Ausschussmitglied der Fraktion „Die Linke“ brachte den Vorschlag Gebühren nach der Landeselternbeitragstabelle zu erheben. Damit sei man auf der sicheren Seite.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin gab zu bedenken, dass die Satzung- und die finanzielle Hoheit bei der Gemeinde liegt und man sehen muss, wie man die Höhe der Gebühren haushälterische abbilden kann. Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass dazu eine Prognoserechnung anhand der Zahlen von 2019 mit der Landeselternstabelle erarbeitet werden sollte, damit es keine Bauchentscheidung wird und abzusehen ist welche finanziellen Auswirkungen es auf den Haushalt haben könnte. Die Ausschussmitglieder befürworteten dies.

Die Ausschussmitglieder empfehlen eine Abstufung des Einkommens und 1000,00 € vorzunehmen, nicht wie im Finanzausschuss vorgeschlagen in 2500,00 € Schritten. Bei Festsetzung der Kappungsgrenze 70.000,00 € Einkommen kann man mitgehen.

Die Elternsprecherin erhielt das Rederecht und stellte die Anfrage, ob man die Betreuungszeit von Wochenstunden nicht in Monatsstunden umwandeln könnte.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin antwortete, im Gesetz geht man von einer täglichen Betreuungszeit aus. Man ist schon so kulant und hat sich auf eine wöchentliche Betreuungszeit eingelassen.

Der Ausschussvorsitzende regte an, in der Tabelle die Angaben der Betreuungszeit in Wochenstunden anzugeben.

Des Weiteren sollte der Begriff „Gebühr“ in den Begriff „Beiträge“ verändert werden, da dieser so auch im KitaG benutzt wird.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin, wird diese abprüfen. **(Siehe Anhang 1)**

Ein Ausschussmitglied der Fraktion „die Linke“ erkundigte sich, ob der § 4 Abs. 5 rechtliche abgesichert ist.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin bejahte dieses.

Weiterhin gab es Anfragen zu § 5 Nr. 1a und 1b sowie zu § 4 Abs. 6

Ein Ausschussmitglied der Fraktion „die Linke“ merkte an, dass ein Kind nicht dafür bestraft werden könne, wenn seine Erziehungsberechtigten Beiträge säumig sind und dadurch den Anspruch auf einen Kitaplatz verliert. Als Gemeinde haben wir auch eine soziale Verantwortung.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin sagte zu dies zu prüfen (**siehe Anhang 2**)

Die Ausschlussmitglieder waren sich einig, den Satzungstest der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Des Weiteren empfehlen sie der Gemeindevertretung:

- die Anwendung der Landeselternbeitragstabelle,
- den Höchstbeitrag bei 70.000,00 € Elterneinkommen zu kappen,
- die Stufen der Einkommen in 1.000,00 € Schritte festzusetzen
- die Höchstbeitrag 100 % bei 10,0 Wochenstunden festzulegen

Zu 8. Auswertung Umfrage ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee

Der Ausschussvorsitzende erkundigte sich, ob es hierzu noch Gesprächsbedarf gibt. Dies war nicht der Fall, da in der letzten GV bereits darüber gesprochen wurde.

Zu 9. Aktueller Stand zur Übergangs-Kita-Rehagen

Eine Verwaltungsmitarbeiterin erläuterte den Sachstand:

Man hat sich auf Empfehlung des Planers für die neue Bauweise entschieden. Diese Bauweise ist ökologischer, umweltfreundlicher und variabler im Bau.

Der Bauantrag liegt seit zwei Monaten beim Landkreis. Auch das Brandschutzkonzept wurde eingereicht. Die Ausschreibungsunterlagen (Leistungsverzeichnis) für den Rohbau liegt vor. Sobald die Baugenehmigung da ist, könne weitergemacht werden.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion erkundigte sich, ob die Fördermittel für den geplanten Containerbau, dann auch für die neue Bauweise beschieden werden.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin erläuterte, dass sie davon ausgeht, denn es geht hier um die Sache bzw. das Ziel, die Errichtung einer Kita.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion bitte drum, dass noch mal genau in der Bauverwaltung und Fördermittelstelle zu klären.

Der Ausschussvorsitzende erkundigte sich, ob es Sinn macht seitens des BSK-Ausschusses ein Schreiben an den Landkreis – Baugenehmigungsbehörde zu senden, damit die Bescheinigung beschleunigt wird. Eine Verwaltungsmitarbeiterin wird dies mit der Bauverwaltung besprechen und eine Rückmeldung geben.

Zu 10. Informationen zur aktuellen Kitaplatzsituation in der Gemeinde

Eine Verwaltungsmitarbeiterin übergab die monatliche Aufstellung. Es sind noch 10 Plätze frei. Leider können diese nicht belegt werden, da kein Personal vorhanden ist.

Es gibt zurzeit 4 Tagespflegestellen mit einer Kapazität von je 5 Kindern.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass im August 2021 ca. 78 Plätze vergeben werden müssten, die könnte mit den freiwerdenden Plätzen durch die Einschulung gerade so reichen. Das würde aber bedeuten, dass ab September kein weiterer Platz zur Verfügung steht.

Der Ausschussvorsitzende stellte die Frage in die Runde, was man jetzt mit den Erkenntnissen machen will.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion unterbreitete den Vorschlag, dass der Bürgermeister beauftragt werden soll, mit den Investoren der Bebauungsgebiete in Klausdorf und Rehagen zu reden, dass sie den Bau der dort vorgesehenen Kindertagesstätten vorziehen.

Der Ausschussvorsitzende wird dazu eine BSV erarbeiten und mit den Mitgliedern abstimmen. Des Weiteren müsste mal überlegen eine zweite Übergangs Kita zu errichten. Wenn diese Vorschläge nicht greifen, wird von der Verwaltung ein Ausweichvorschlag erwartet.

Zu 11. Schulsportanlagen Grundschule Sperenberg

Der Ausschussvorsitzende berichtet, von dem Ablehnungsbescheid für die Herstellung von Laufbahnen und einer Weitsprunganlage für die Schulsportplatzgelände in der Grundschule im OT Sperenberg.

Es gibt jetzt ein Förderprogramm „Goldener Plan“ nach dieser könnte diese Maßnahme gefördert werden. Er hat dazu die Grundschule angeschrieben, was noch alles nötig wäre. Er verlass das Antwortschreiben.

Zu diesem Sachverhalt wird er ebenfalls eine Beschlussvorlage vorzubereiten.

Eine Elternsprecherin erhielt das Rederecht: Sie brachte zum Ausdruck, dass die Errichtung der Anlage doch nicht nur von Fördermitteln abhängig sein kann. Denn das sind Grundsportarten, die zum allgemeinen Sportunterricht gehören. Es muss hier noch eine andere Möglichkeit geben diese zu errichten.

Der Ausschussvorsitzende wird eine Beschlussvorlage erarbeiten, dass eine sofortige Überprüfung der Fördermittel stattfindet, und im Ablehnungsfall der Finanzausschuss über eine Eigenfinanzierung beraten soll.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion stellte noch klar, dass die Haushaltsmittel, mit dem Eigenanteil eingeplant sind.

Zu 12. Diskussion zu Veranstaltungen auf der Festwiese Klausdorf

Der Ausschussvorsitzende äußerte sein Unverständnis, dass zu diesem Top kein Fachbereichsmitarbeiter anwesend war. Der TOP wurde ohne weitere Erläuterungen / Arbeitsaufträge aus dem Hauptausschuss in den BSK-Ausschuss verwiesen.

Schriftlich wurden im Vorfeld folgende Fragen beantwortet und lagen allen Ausschussmitgliedern vor:

Frage Ausschussvorsitzender: Einreichen eines Mustermietvertrages?

Antwort Verwaltung: Mit den Veranstaltern wird ein Nutzungsvertrag abgeschlossen.

Frage Ausschussvorsitzender: Einreichen des Nutzungsänderungsvertrages als Veranstaltungsfläche inkl. aller Auflagen.

Antwort Verwaltung: Hierzu kann keine eindeutige Aussage getroffen werden. Die Fläche wurde schon immer als Sportfläche genutzt. Nach Rücksprache mit dem Ortsvorsteher Herrn Kosensky war es mal für Handball genutzt worden, dann für Beachvolleyball und Veranstaltungen. Seit den 40iger Jahren werden dort bereits Veranstaltungen für die ganze Gemeinde durchgeführt. Es gibt keine Baugenehmigung. Die Auflagen legt die Gemeinde selbst fest. Der angeforderte Nutzungsänderungsvertrag kann nicht vorgelegt werden.

Frage Ausschussvorsitzender: Wie viele Veranstaltungen sind für 2021 bereits angemeldet?

Antwort Verwaltung: Fischerfest 24. + 25.07.2021 wurde vom OB Klausdorf für Verein pro Mellen-see angedacht, jedoch kann aufgrund der derzeitigen Situation keine konkrete Aussage getroffen werden, ob dieses Jahr überhaupt Veranstaltungen stattfinden dürfen.

Frage Ausschussvorsitzender: Überblick über die Veranstaltungen 2017, 2018, 2019 und dazugehörige Beschwerden und Messprotokolle.

Antwort Verwaltung: Als Anlage die Veranstaltungskalender 2017, 2018, 2019

Das Thema Einmessen der Anlage konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Es werden Kontrollmessungen vom Ordnungsamt durchgeführt, aber das vorhandene Messgerät ist nicht geeicht. Für den laufenden Haushalt der Gemeinde ist es noch nicht eingeplant, jedoch ist dies für den Haushalt 2022 vorgesehen. Zwischenzeitlich sind Messprotokolle von den Veranstaltern angefordert worden, aber die würden bei einem Rechtsstreit nicht herangezogen werden. Bei der Diskussion ging es darum, dass die Einmessung hohe Kosten verursachen, die die Veranstalter nicht zahlen wollten und dann stand die Frage immer, ob wir die Einmessung auch von Vereinen fordern können (Fischerfest, Country-Fest). Der Ortsbeirat Klausdorf wünscht, dass maximal 6 Veranstaltungen erlaubt werden, Dauer bis max. 1:30 Uhr. (Protokoll 10.Sitzung).

Die vorliegenden Beschwerden werden wir aus Datenschutzgründen nicht weiterleiten.

Die Anzahl der Beschwerden wurden bereits bei der Hauptausschusssitzung mitgeteilt.

Frage Ausschussvorsitzender: Ist es angedacht, im Rahmen vom aktuellen Förderprogramm „Stadt Land“ Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen.

Antwort der Verwaltung: Darüber kann keine Auskunft erteilt werden. Es kommt da drauf an, wie es mit der Festwiese generell weitergeht. (Wasserwanderrastplatz)

Frage Ausschussvorsitzender: Reichen die Parkplätze bei EDEKA für 1.800 Besucher aus. Welche Absprachen gibt es mit dem Besitzer?

Antwort der Verwaltung: Es gibt mit dem Besitzer von EDEKA keine Absprachen bezüglich der Nutzung des Parkplatzes für die Veranstaltungen auf der Festwiese. Die Zahl 1.800 Personen war

eine Angabe, wieviel Besucher Platz hätten. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass 1.800 Besucher zum gleichen Zeitpunkt anwesend sind. Besucher kommen meistens zu mehreren Personen mit einem Auto. Wir als Gemeinde stellen nur den Platz zur Verfügung. Wir weisen keine Parkplätze offiziell aus. Es handelt sich zwar um einen Privatparkplatz, er ist aber öffentlich zugänglich. Außerdem steht nicht nur der Parkplatz bei EDEKA zur Verfügung.

Frage Ausschussvorsitzender: Wie wird angedacht bei Veräußerung der Nachbarfläche den 2. Rettungsweg abzusichern?

Antwort der Verwaltung: Es ist nicht eindeutig beschrieben um welches Nachbarfläche es sich handelt und die Gemeinde veräußert keine Flächen in dem Bereich. Laut dem § 6 der Versammlungsstättenverordnung muss ein zweiter Fluchtweg ab einer Anzahl von 800 Besucher errichtet werden. So viele wurden uns bei den Anmeldungen der Veranstaltungen noch nicht angegeben. Das Problem 2. Fluchtweg wurde vom Ordnungsamt schon mehrmals angesprochen. Leider gab es bisher keine Reaktion. Das hängt auch mit der Entscheidung „Wasserwanderrastplatz“ zusammen, in wieweit dann die Festwiese noch für Veranstaltungen genutzt werden kann. Der gesamte Eingangsbereich der Festwiese muss neu gestaltet werden, um einen zweiten Rettungsweg einzurichten.

Nachfrage Ausschussvorsitzender

Nach meiner Lesart vom §6 der Verordnung trifft Ihre Aussage nicht zu:

„(4) Versammlungsstätten müssen für Geschosse mit jeweils mehr als 800 Besucherplätzen nur diesen Geschossen zugeordnete Rettungswege haben.“

Hier ist gemeint, dass es ab 800 Personen getrennte Rettungswege zu geben hat, die nicht zusammengeführt werden dürfen.

Ich glaube die Grenze liegt nach Absatz 5 bei 100 Personen

„(5) Versammlungsräume und sonstige Aufenthaltsräume, die für mehr als 100 Besucherinnen und Besucher bestimmt sind oder mehr als 100 Quadratmeter Grundfläche haben, müssen jeweils mindestens zwei möglichst weit auseinander und entgegengesetzt liegende Ausgänge ins Freie oder zu Rettungswege haben. Die nach § 7 Absatz 4 Satz 1 ermittelte Breite ist möglichst gleichmäßig auf die Ausgänge zu verteilen; die Mindestbreiten nach § 7 Absatz 4 Satz 3 und 4 bleiben unberührt.“

Können Sie dies bis heute Abend noch final klären, da es für OpenAir Versammlungsstätten so nicht extra aufgeschlüsselt ist?

Antwort der Verwaltung: um Denkfehler auszuschließen, bitte ich um Verständnis, dass wir bis heute Abend auf Ihre Frage keine abschließende Antwort geben können. (**spätere Antwort nach der Sitzung siehe Anlage 3**)

Frage Ausschussvorsitzender: Warum müssen derzeit die Mieter selbst sich um den 2. Rettungsweg kümmern? Ich sehe das als Aufgabe des Vermieters an.

Antwort der Verwaltung: Die Aussage in der Hauptausschusssitzung war nicht ganz korrekt. Es ist Aufgabe des Vermieters.

Frage Ausschussvorsitzender: Welche anderen gemeindlichen Flächen/ Gebäude stehen in der Gemeinde für kulturelle Nutzung zur Verfügung, bitte inkl. Kapazitätsangabe?

Antwort der Verwaltung: Hierzu können derzeit keine Angabe gemacht werden. In den Strandbädern hat der Verpächter, in Absprache mit dem Pächter die Möglichkeit Veranstaltungen durchzuführen.

Frage Ausschussvorsitzender: Wie ist das Verhältnis bei der bisherigen Nutzung von ortsansässigen Veranstaltungen und ortsfremden Veranstalter.

Antwort der Verwaltung: Hierzu verweise ich auf die Anlagen Veranstaltungskalender.

Frage Ausschussvorsitzender: Welche Einnahmen wurden durch die Vergnügungssteuer pro Jahr 2017, 2018, 2019 generiert?

Antwort der Verwaltung: 2017 - 450,00€ 2018 - 1.050,00€ 2019 - 950,00€

Frage Ausschussvorsitzender: Welche Regeln für die zukünftige Nutzung würden die Verwaltung empfehlen?

Antwort der Verwaltung: Dass es eine baldige Entscheidung über den Fördermittelantrag Wasserwanderrastplatz gibt, damit wir wissen, wie es an der Stelle weitergeht, in wieweit die Festwiese noch für Veranstaltungen genutzt werden kann. Oder eine Entscheidung der GV welche öffentliche Fläche, sonst für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Ein Sachkundiger Einwohner merkte an, das ja in den letzten Jahren nicht so viel Veranstaltungen auf der Festwiese stattgefunden haben.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion brachte zum Ausdruck, dass der Ortsbeirat mit 6 Veranstaltungen klarkommen würde.

Der Ausschussvorsitzende erklärte die gesetzlichen Grundlagen für Versammlungsstätten und von seltenen Ergebnissen nach Brandenburger Freizeitrichtlinie und TA Lärm. Er erwähnte ein Gespräch mit dem Ortsbeirat Klausdorf, der sich gegen elektronische Musik und Zirkus ausgesprochen hatte. Musikalische Abgrenzungen würde der Ausschussvorsitzende hier nicht machen wollen, da es eindeutige gesetzliche Vorgaben für Veranstaltungen gibt.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass man 6 Emissionsbelastende Veranstaltungen mit Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durchführen kann. Es sollte auf eine Vielfalt der Veranstaltungen geachtet werden. Veranstaltungen ohne störende Emissionsbelastung sollten nicht zahlenmäßig limitiert werden.

Zu 13. Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende stelle ein Projekt vor. Hierbei ging es um die Gestaltung der Mauern am Parkplatz des REWE-Marktes. Je Seite rechnet man mit ca. 10.000,00 € = 20.000 Euro Gesamtsumme. Die Finanzierung steht noch auf wackligen Beinen.

Die BSK-Ausschussmitglieder, befürworten dieses Projekt einstimmig. Der Ausschussvorsitzende wird nach Rücksprache mit dem Einreicher einen Brief an das Land und den Kreis schreiben, um auf dieses Projekt aufmerksam zu machen und noch finanziellen Unterstützungen zu fragen. Des Weiteren waren sich die Mitglieder einig, dass wenn 80% der Finanzierung erbracht sind, vom Gemeindehaushalt die restlichen 20% dazu gegeben werden soll. Dies wäre im Maximalfall 4000 Euro.

Ein sachkundiger Einwohner berichtet über den touristischen Zuspruch nach einem TV-Beitrag für unsere Gemeinde. Es waren am Sonnabend sehr viele Besucher aus Berlin in Sperenberg und Umgebung anzutreffen. Leider nahmen sie es mit der Einhaltung der straßenrechtlichen Verordnung nicht sehr ernst, Sie parkten wo sie wollten. Auch im Naturschutz Gebiet. Ein Ausschussmitglied der Fraktion „die Linke“ merkte an, dass hier das Ordnungsamt an den Wochenenden Kontrollen durchführen und Verstöße ahnen sollte.

Ein sachkundiger Einwohner merkt an, dass der Dienstag als Sitzungstag für ihn ungünstig sei, da er hier regelmäßig noch andere berufliche Verpflichtungen hat. Der Ausschussvorsitzende antwortet, dass es hier eventuell in naher Zukunft einen Wechsel mit dem Finanzausschuss geben kann, da dort ein gegensätzliches gleiches Problem besteht.

Am Mellensee, 18.5.2021

Pehnert
Vors. d. BSK-Ausschusses

Anlage 1

Zum TOP

Diskussion u. Empfehlung zu den neuen Elternbeiträgen in der Gemeinde Am Mellensee
(Seite 3)

Mail vom Ausschussvorsitenden zum Thema Beitrag / Gebühr

Zum Thema Beitrag oder Gebühr ist mir noch folgendes eingefallen.

Der Rundfunkbeitrag ist ja auch als Beitrag ausgewiesen und vollstreckbar. Demzufolge sollte es bei Elternbeiträgen auch kein Problem sein.

Rückmeldung Verwaltung:

Man kann auf Grund des § 17 Abs. 3 KitaG die Elternbeiträge als Gebühren ausweisen.

Auszug des Gesetzestext:

§ 17 Elternbeiträge

(3) Die Elternbeiträge werden vom Träger der Einrichtung festgelegt und erhoben. Über die Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge ist Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe herzustellen. Gemeinden oder Gemeindeverbände als Träger der Einrichtungen können die Elternbeiträge und das Essengeld durch Satzung festlegen und als **Gebühren** erheben.

Man könnte die Gebühren auch als Kostenbeitrag umbenennen. Dann ist allerdings drauf zu achten das sich folgendes mitändern müsste.

Gebührensatzung = Kostenbeitragssatzung

Gebühren = Kostenbeitrag

Gebührenpflicht = Kostenbeitragspflicht / Beitragspflicht

Personensorgeberechtigte = Kostenbeitragspflichtige

Anlage 2

zum TOP 7

Diskussion u. Empfehlung zu den neuen Elternbeiträgen in der Gemeinde Am Mellensee (Seite 4)

Antwort Verwaltung:

ich habe mich mir Ihrer Frage, ob wir einen Kitaplatz kündigen dürfen beschäftigt.
Sie haben recht das jedes Kind einen Rechtsanspruch hat. Dies wäre auch schon, wenn es umsetzbar wäre.

Zuerst Definieren wir den Begriff Rechtsanspruch:

- Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Versetzung in die fünfte Schuljahrgangsstufe haben einen Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten, der auch nach Maßgabe des Absatzes 4 erfüllt werden kann. (§1 Abs. 2 KitaG)
- Art und Umfang der Erfüllung des Anspruchs soll dem Bedarf des Kindes entsprechen. Bedarfserfüllend können für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr und für Kinder im Grundschulalter auch Kindertagespflege, Spielkreise, integrierte Ganztagsangebote von Schule und Kindertagesbetreuung oder andere Angebote sein, wenn sie der familiären Situation der Kinder Rechnung tragen und im jeweils erforderlichen Rahmen die Aufgaben und Ziele nach § 3 gewährleisten. (§1 Abs. 4 KitaG)
- In § 3 KitaG ist dann aufgeführt, was alles zur Erziehung, Bildung und Betreuung gehört.



Resultat:

Betreuung und Versorgung.

Jedes Kind hat einen Anspruch auf Erziehung, Bildung,

Es steht aber nicht das dieser Anspruch in einer Kita/
Hort von einem öffentlichen Träger ausgeübt werden muss.



Sollte ein Betreuungsvertrag zwischen Personensorgeberechtigten und Träger zustande kommen, müssen sich beide Vertragsparteien an das BGB halten.

Sowie der Träger sich an §17 KitaG hält, mit einer Kostenbeitragskalkulation.

- Die Personensorgeberechtigten haben Beiträge zu den Betriebskosten der Einrichtungen (Elternbeiträge) nach Maßgabe des Absatzes 2 sowie einen Zuschuss zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zu entrichten (Essengeld). Die Elternbeiträge beziehen sich auf alle mit der Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung des Kindes verbundenen Leistungen. (§17 KitaG)
- Definition Vertrag: Der Vertrag ist ein Rechtsgeschäft. Es besteht aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen (Angebot und Annahme) von mindestens zwei Personen/Parteien. (§ 145 BGB - Bindung an den Antrag) Ein Angebot ist ein Antrag zur Begründung eines Vertragsverhältnisses. Dabei handelt es sich um eine Willenserklärung, mit der ein Rechtssubjekt einem anderen den Abschluss eines Vertrages anbietet. Ein Angebot ist grundsätzlich bindend. (§ 145 BGB - Bindung an den Antrag)

Eine Annahme ist die in Bezug auf ein Angebot abgegebene Willenserklärung, mit der ein Vertrag begründet wird. Die Annahme muss dem Angebot entsprechen und kann entweder ausdrücklich oder konkludent durch schlüssiges Verhalten erfolgen. (§ 145 BGB - Bindung an den Antrag)



Resultat:

Sollte der Vertrag nicht eingehalten oder verletzt werden, droht die Vertragsstrafe.

- Definition Vertragsstrafe: Die Vertragsstrafe ist in § 339 BGB legal definiert. Eine Vertragsstrafe ist eine Leistung, die der Schuldner dem Gläubiger für den Fall verspricht, dass er seine Verbindlichkeit nicht oder nicht in gehöriger Weise erfüllt.
- Bei uns in der Satzung, dass es die Wiederaufnahme des Kindes bis zur Begleichung der Summe verhindert.
Der Träger hat dort seine Vertragsstrafe definiert. Dies darf der öffentliche Träger in der Satzung, da das Satzungsrecht beim Träger liegt.

Anlage 3

Zu 12. Diskussion zu Veranstaltungen auf der Festwiese Klausdorf Seite 6

(Seite 6)

Antwort der Verwaltung:

Ihre Nachfrage zur Beantwortung der eingereichten Fragen für den BSK Ausschuss möchte ich wie folgt beantworten:

Auf den **ersten Blick** mögen Sie recht haben, dass meine Aussage zum Rettungsweg nicht zutreffend ist. Der § 6 Der Versammlungsstättenverordnung bezieht sich auf Veranstaltungen in Räumen. Bezüglich der Rettungswege bei Freiflächen gibt es keine direkte Vorschrift.

Im Teil 2- Allgemeine Bauvorschriften Abschnitt 2- Rettungswege, ist dies auch noch einmal beschrieben. So muss man für die Veranstaltungsstätte im Freien analog eine Regelung finden. Die Rechtsprechung schlägt daher vor, dass man bei Veranstaltungsstätten im Freien unterschiedliche Punkte prüfen sollte.

1. Die Begebenheiten auf dem Veranstaltungsgelände
2. Wie ist die Konstellation zwischen Betreiber und Veranstalter

Zu 1. Die Festwiese Klausdorf ist von drei Seiten „eingezäunt“. Weiterhin befindet sich auf dem Gelände eine Feste Bühne die als bauliche Anlage anzusehen ist.

Aus diesen Gründen kann man hier auch im Gesamtbild von einer Baulichen Anlage und somit von einer Veranstaltungsstätte ausgehen auf die der § 6 der Versammlungsstättenverordnung anwendbar ist.

Zu 2. Bei der Festwiese Klausdorf ist der „Betreiber“ und der Veranstalter nicht personengleich. In dieser Konstellation mag der Veranstalter im Rahmen seiner Verkehrssicherungspflicht für einen zweiten Rettungsweg verantwortlich sein. Jedoch sollte der Betreiber an der Sicherheit selbst interessiert sein, da im Schadensfall das Gericht evtl. das Fehlen eines zweiten Rettungsweges monieren kann.

Das Thema Rettungsweg beschäftigt mich als zuständige Sachbearbeiterin schon sehr lange.

Bei einer gemeinsamen Begehung der Bauverwaltung, des Ortsbürgermeisters Herrn Kosensky, des Bauhofsleiters und meiner Person **2019** habe ich auch darauf hingewiesen. Zu dem Zeitpunkt wurde vorgeschlagen den Eingangsbereich der Festwiese abzuändern, und dann einen Rettungsweg auf der linken Seite, einzurichten, wenn der defekte Toilettencontainer entsorgt ist. Nachdem mir bekannt wurde, dass die Gemeinde beabsichtigt, das auf der linken Seite befindliche Grundstück zu erwerben habe ich mir schon Notizen gemacht, dass ich dieses Thema zum gegebenen Zeitpunkt noch einmal anspreche. Ich würde es dann auch befürworten, dass wir dann auf der linken Seite den 1. Rettungsweg einrichtet und bei größeren Veranstaltungen ab 800 Personen als zweiten Rettungsweg, dann auf Grund der Genehmigung des neuen Eigentümers des ehemaligen Britzgelände diesen Ausgang nutzt. Somit erfüllen wir die Sicherheitsvorschriften, dass getrennte Ein- und Ausgänge vorhanden sind und gegebenenfalls auch ein zweiter Rettungsweg. Die finale Entscheidung kann erst getroffen werden, wenn der Ankauf des Nachbargrundstück vertraglich geregelt ist und wenn feststeht wie es mit dem Wasserwanderrastpaltz entschieden wird.